

KONFERENZBERICHT

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUSSLAND

MARTIN MUNKE

www.kas.de

Diskussion über gemeinsame Werte

Konservatismus in Russland und Deutschland

Welche Rolle spielen christdemokratische und konservative Werte in der russischen und deutschen Außenpolitik? Kann die Soziale Marktwirtschaft dabei helfen, Wirtschaftskrisen zu bewältigen? Welchen Stellenwert haben Menschenrechte und demokratische Normen im russischen und deutschen politischen Diskurs? Über diese und weitere aktuelle Fragen diskutierten die hochrangigen russischen und deutschen Konferenzteilnehmer, die am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO) tagten.

Anders als in Deutschland erleben das konservative Denken und die konservative politische Theorie im gegenwärtigen Russland eine ungeahnte Renaissance. Zahlreiche politische Parteien nehmen für sich das Wort „konservativ“ als Selbstzuschreibung in Anspruch, wobei es inhaltlich scheinbar nahezu beliebig gefüllt wird. Nach einer ersten Konferenz an der Staatlichen Universität Voronezh im September 2011¹ folg-

ten nun erneut zahlreiche Politiker, Wissenschaftler, Wirtschaftsvertreter und Journalisten einer Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Professur für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Technischen Universität Chemnitz, die die vom 19. bis 21. September durchgeführte Diskussionsveranstaltung gemeinsam mit dem Zentrum für sozial-konservative Politik und dem Zentrum für konservative Forschung der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität organisiert hatten.

Gerade in Zeiten der Krise, wie sie im Euroraum gerade erlebt wird, erscheint eine Diskussion über Grundwerte als wichtig. Dies unterstrich einführend Dr. Ludmila Schuwalowa, Mitglied der Gesellschaftskammer Russlands und Generaldirektorin des Zentrums für sozial-konservative Politik. Zu diesem Zweck wurde in einer ersten Sektion zunächst ein Blick auf historische Erfahrungen und Entwicklungsperpektiven geworfen. Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll, Inhaber der Chemnitzer Professur für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, untersuchte die Ursprünge des politischen Konservatismus in Deutschland und stellte drei „konservative Konstanten“ vor, die auch heute noch wichtige Bezugspunkte darstellen können: den Begriff der „Freiheit“ als „Freiheit zu etwas hin“, das Konzept der Nation als Rahmen für eine wertegebundene Politik sowie den Umgang mit sozia-

¹ Vgl. dazu Martin Munke: Konservativismus in Russland und Deutschland – Ein internationaler Dialog. Bericht über die internationale Konferenz des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Moskau, der Technischen Universität Chemnitz und der Staatlichen Universität Woronesch. 14. November 2011. Online unter:

len Problemen als genuin konservatives Anliegen in der sozialen Verantwortung des Besitzenden. Für den russischen Konservatismus konstatierte Prof. Dr. Alexander Dugin, Leiter des Zentrums für konservative Forschung der Fakultät für Soziologie an der Lomonossow-Universität, eine ähnlich starke soziale Tradition, wie überhaupt Gemeinschaft und Gesellschaft wichtigere Bezugsgrößen als das Individuum darstellten.

Dem Wechselspiel von Erneuern und Bewahren im konservativen Denken widmeten sich u. a. der Präsident des Sächsischen Landtages Dr. Matthias Rößler und der Bonner Politikwissenschaftler Prof. Dr. Tilman Mayer. Der Wert der Familie wurde dabei als ein wichtiger Baustein im konservativen Versuch, das gesellschaftliche Zusammenleben ideell zu begründen, herausgearbeitet und auch von Prof. Dr. Agamali Mamedow, Soziologe an der Lomonossow-Universität, betont. In der Diskussion wurde deutlich, dass sich der heutige russische Diskurs vielfach an historischen (deutschen) Autoren orientiert. Die Kenntnis zeitgenössischer konservativer Positionen werde demgegenüber vernachlässigt, wie Prof. Dr. Jurij Solonin, Mitglied des Föderationsrats der Russischen Föderation, bemängelte. Und gegen die Betonung einer rein konservativen Ausrichtung rief der Publizist Prof. em. Dr. Arnulf Baring den ursprünglichen Impetus der CDU in Erinnerung, soziale, liberale und eben konservative Ideen miteinander in Ausgleich zu bringen.

Daran knüpfte in einer zweiten Sektion zu den Zukunftsoptionen konservativer Parteien auch Dr. Wolf Schönbohm, Leiter der Abteilung „Grundsatz und Planung“ im Staatsministerium Baden-Württemberg a. D. und ehemaliger Repräsen-

tant der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ankara, an. Die Wertegrundlage der frühen CDU nach 1945 – Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit – könnte der Partei auch heute noch solche Optionen eröffnen. Dazu müsste jedoch der innere Diskussions- und Streitkultur wieder stärker belebt werden. Zu Dialog und Kooperation als Grundlage politischen Handelns bekannte sich auch Dr. Jurij Schuwallow, stellv. Vorsitzender des Präsidiums des Generalrats der Partei „Einiges Russland“. Dieser Dialog könne dann zu einer neuen Vision des gesellschaftlichen Zusammenlebens führen, ergänzte Dr. Wladimir Pligin, Vorsitzender des Ausschusses der Staatsduma für Verfassungsgesetzgebung und Staatsbau.

Mit den gegenwärtigen ökonomischen Herausforderungen befasst sich eine dritte Sektion. Matthias Schäfer, Leiter der Abteilung für Wirtschaftspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung, erläuterte die Entstehung des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise der 1920er/1930er Jahre heraus. Der auf der christlichen Soziallehre beruhende sittliche Anspruch dieses Konzepts mit Werten wie Gemeinwohlorientierung, Solidarität und Subsidiarität kann und sollte auch heute noch verstärkt aufgegriffen werden, um einen Ausgleich zwischen freier Wirtschaft und staatlichem Rahmen zu schaffen. Walerij Fadeew, Chefredakteur des wirtschaftlichen Fachjournals „Expert“ und Mitglied der Gesellschaftskammer Russlands, betonte die Wichtigkeit einer freien Marktwirtschaft als Entwicklunggrundlage, gerade angesichts der zahlreichen Schwierigkeiten der russischen Wirtschaft wie geringer Produktivität, falscher Schwerpunktsetzungen und territorialer Weitläufigkeit. Dr. Sergej Gawrilow, Vorsit-

zender des Ausschusses der Staatsduma für Eigentumsbelange, thematisierte in diesem Zusammenhang die Polarisierung der Einkommensverhältnisse und die großen demografischen Probleme Russlands. Letztere diagnostizierte Tilman Mayer in ähnlicher Weise für Deutschland – eine große Herausforderung für die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dr. Andrey Kobjakow, Vorstandsvorsitzender des Moskauer Instituts für dynamischen Konservatismus, wertete die gegenwärtige Finanz- und Schuldenkrise auch als moralische Krise, in der der Solidaritätsgedanke als konservativer Wert wieder mehr Beachtung finden müsse.

Die vierte und letzte Sektion griff stärker außenpolitische Fragestellungen auf. Prof. h. c. Alexander Rahr betonte dabei die starke europäische Einbindung der deutschen Außenpolitik, die sich zudem in vielen Punkten besonders aufgrund der historischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts weiterhin an den USA orientiere. Gleichzeitig würden neue Akteure auf dem außenpolitischen Feld auftreten, der Einfluss von Nichtregierungsorganisationen und Massenmedien wachse weiter an. Auch durch das Ende des Kalten Krieges kam es hier zu neuen Orientierungen, wie Wulf Schönbohm ausführte. Die in der gegenwärtigen Schuldenkrise laut gewordene Forderung nach einer deutschen Führungsrolle in Europa sei eine Realität, die Deutschland akzeptieren lernen müsse. Eine Selbstzuschreibung als Europäer würde auch ein Großteil der (jungen) Russen für sich in Anspruch nehmen, wie mehrere Stimmen aus dem Plenum verdeutlichten.

Überhaupt wurden in den Diskussionsrunden einige Gemeinsamkeiten, aber auch zahlreiche Unterschiede

zwischen den deutschen und russischen Verhältnissen deutlich. So ist der Liberalismus-Begriff in Russland viel stärker wirtschaftlich besetzt und der Umgang damit von den krisenhaften Erfahrungen der zweiten Hälfte der 1990er Jahre geprägt. Ein Bezug zu den politischen liberalen Freiheitsrechten wird demgegenüber weniger hergestellt. Gleichzeitig konnte der Konservatismus-Begriff erst nach einer viel längeren Unterbrechung wieder zum praktischen Begriff der Politik werden und weist schon allein deshalb andere Konnotationen auf. Diese verschiedenen Prägungen miteinander ins Gespräch zu bringen bleibt weiterhin eine wichtige Aufgabe, wenn Russen und Deutsche gemeinsame Antworten auf die Probleme des 21. Jahrhunderts, auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen, finden möchten.

Martin Munke (Wissenschaftliche Hilfskraft an der TU Chemnitz, Promotionsstipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung)